

# Kleinere Uhrenfirmen proben Aufstand

**Swiss Made** Mondaine-Chef Ronnie Bernheim wehrt sich gegen schärfere Swissness-Regeln

VON FRANZ SCHAIBLE

Die Uhrenbranche in der Schweiz ist gehöri zerstritten: Die kleinen und mittleren Uhrenhersteller fühlen sich von den grossen Konzernen immer stärker an die Wand gedrückt. So führt die Absicht von Swatch, die Lieferungen von Uhrwerken und Assortiments an Drittkunden massiv einzuschränken oder gar zu stoppen, unter den KMU zu Existenzängsten. Die Wettbewerbskommission prüft, ob der Quasimonopolist damit gegen das Kartellgesetz verstösst (wir berichteten). Und nun befürchten die KMU ähnliches Ungemach wegen der «Swissness»-Vorlage des Bundesrates. Der Nationalrat wird am 15. März darüber debattieren, ob unter anderem Uhren nur dann das Prädikat «Swiss Made» tragen dürfen, wenn mindestens 60 Prozent der Herstellkosten in der Schweiz anfallen. Heute gilt, dass das Uhrwerk allein zu mindestens 50 Prozent schweizerisch sein muss.

## «Kontraproduktiv und gefährlich»

«Mit dieser neuen Gesetzesregelung wird die Branche in zwei Teile geschnitten. Unser Teil fällt weg», kritisierte Ronnie Bernheim gestern an einer Medienkonferenz in Bern. Als CEO und Miteigentümer der mittelgrossen Mondaine Watch in Biberist sowie als Mitbegründer der IG Swiss Made wehrt er sich gegen die «kontraproduktive und gefährliche Regelung». Der Uhrenverband unterstütze zwar die Vorlage. Im Branchenverband hätten aber die Hersteller von Luxusuhren und Luxusgüter-Grosskonzerne das Sagen. Er wolle nicht den Teufel an die Wand malen, aber die neue Regelung gefährde «Tausende Arbeitsplätze in den kleinen und mittleren Uhrenunternehmen». Keine Probleme hätten dagegen die «Grossen», weil diese einen Grossteil ihrer Werke und Teile selbst herstellten.

Für die Uhren-KMU gebe es nur zwei Wege, um den höheren Schweizer Herstellkostenanteil zu erreichen: Die KMU kauften im Ausland billigere Bestandteile ein. So werde der schweizerische Anteil relativ zu den gesam-



Mondaine-Chef Ronnie Bernheim sieht kleine und mittlere Uhrenfirmen in akuter Gefahr.

HANSJÖRG SAHLI

## Es herrscht Angst

Die kleineren und mittleren Uhrenhersteller sind offensichtlich nicht nur verunsichert, sondern auch **verängstigt**. Nur so ist zu erklären, dass sich von den rund **30 Mitgliedern** der IG Swiss Made nur gerade die Produzentin **Mondaine Watch** und der Quarzwerk-Hersteller **Ronda** wagen, mit ihren Namen an die Öffentlichkeit zu treten. Dazu habe der hohe **Monopolisierungsgrad** durch die Grosskonzerne geführt, begründet Mondaine-Chef Ronnie Bernheim. «Wer sich in der IG engagiert, fürchtet sich davor, schlecht oder gar nicht mehr mit Werken oder Komponenten beliefert zu werden.» (FS)

ten Herstellkosten automatisch erhöht. «Aber die Qualität der Uhr sinkt.» Oder die KMU kauften Komponenten gleicher Qualität teurer in der Schweiz ein. Dies würde aber zu hö-

heren Stückkosten führen. Branchenüblich sei, dass bei einem Franken Mehrkosten für die Herstellung der Verkaufspreis um acht Franken steige. Je tiefer die Preislage desto grösser die Auswirkungen. Im Luxussegment spielten Preisdifferenzen kaum eine Rolle. «Die Swissness-Vorlage darf nicht zur Lex Luxus werden.» Beide Varianten würden die Konsumenten zu Recht nicht schlucken, sagte Bernheim. «Höhere Verkaufspreise oder schlechtere Qualität führen also zu einem massiven Absatzrückgang. Zahllose kleine und mittlere Uhrenbetriebe wären gefährdet.»

Bernheim präsentierte einen Kompromiss-Vorschlag. Um das Swiss Label zu erhalten, müssten mindestens 50 Prozent der Selbstkosten einer Uhr (Herstellkosten plus Kosten für Büro, Marketing, Verkauf, Miete, usw.) in

der Schweiz anfallen. Das wäre eine starke Verschärfung zur erwähnten heutigen Regelung.

## Gewerbeverband stützt Kompromiss

Unterstützung erhält die IG Swiss Made vom Schweizerischen Gewerbeverband (SGV). «Der Gesetzgeber darf die Messlatte für die Swissness nicht zu hoch ansetzen», warnte SGV-Ressortleiter Rudolf Horber. Ansonsten würde die hiesige Industrie gegenüber

## «Die Swissness-Vorlage darf nicht zur Lex Luxus werden.»

Ronnie Bernheim, Mondaine

der ausländischen Konkurrenz benachteiligt. Die neue Regelung würde viel weiter gehen als die Praxis anderer Industrieländer in Bezug auf den Herkunftsschutz. Es gebe zwar heute zu viele Missbräuche, die nicht geahndet werden, gestand Horber ein. Eine wirksame Handhabe existiere aber bereits mit dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG).

## Nachrichten

### Derendingen Technischer Defekt verursachte Brand

Der Brand in einer Wohnung an der Luzernstrasse in Derendingen vom vergangenen Freitag (wir berichteten), ist auf einen technischen Defekt an einem Elektrokabel zurückzuführen. Dies haben die Untersuchungen der Kantonspolizei Solothurn ergeben. Wegen des Defekts entwickelte sich ein Glimmbrand, der sich in der Folge im Boden einer Wohnung im ersten Stockwerk ausbreitete. (SZR)

### Duell aktuell Wobmann und Roth kreuzen Klingens

Am Wochenende stimmt das Solothurnervolk über die SVP-Volksinitiative «Nennung der Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden» ab. Bekämpft wird die Initiative von den Linksparteien, da sie «keine Straftat verhindern wird». Im Duell Aktuell des Regional-TV-Senders Tele M1 trifft heute SVP-Kantonspräsident Solothurn und Nationalrat Walter Wobmann auf SP-Kantonsrätin Franziska Roth. Die Sendung wird um 18.20 Uhr erstmals ausgestrahlt und darauf im Stundentakt wiederholt. (szr) Solothurn Morgen Mittwoch findet der «Equal Pay Day», der Tag zur Lohngleichheit, zum vierten Mal in der Schweiz statt.

### Jugendparlament Der Trägerverein löst sich auf

Vor gut zwei Jahren starteten politisch interessierte Jugendliche aus dem Kanton den Trägerverein «Jugendparlament Region Solothurn». Bevor das Projekt jemals richtig starten konnte, wird der Verein bereits wieder aufgelöst. Grund ist gemäss den Initianten, dass mangelnde Interesse der Zielgruppe. In Olten gibt es schon längere Zeit ein funktionierendes Jugendparlament. Dort bleib im Unterschied zu Solothurn das «Kernteam» bestehen. In Solothurn bestand dieses am Schluss nur noch aus zwei Personen. (SBI)

## Frauen fordern gleiche Löhne

**Solothurn** Morgen Mittwoch findet der «Equal Pay Day», der Tag zur Lohngleichheit, zum vierten Mal in der Schweiz statt. Die Business and Professional Women (BPW) Solothurn engagieren sich rund um dieses Datum für gleiche Löhne für Frauen und Männer. Der 7. März darum, weil eine Frau bis zu diesem Tag über den Jahreswechsel hinaus arbeiten muss, um für gleichwertige Arbeit denselben Lohn zu erhalten, den Männer schon am 31. Dezember in der Tasche haben. Der Tag zur Lohngleichheit wird von den BPW Switzerland, dem schweizerweit bedeutendsten Verband berufstätiger Frauen in verantwortungsvollen Positionen, organisiert. Auch in der Stadt Solothurn finden vielfältige Aktionen und Veranstaltungen statt: Bereits seit dem 1. März machen rote Taschen in Schaufenstern von Geschäften auf den Equal Pay Day aufmerksam. Ausserdem sind in den Buchhandlungen Lüthy und Sali sowie in der Zentralbibliothek Bücher und eine Dokumentationsplattform über Lohngleichheit und Gleichstellung zu finden. Am Equal Pay Day selber sind die BPW von 13.30 bis 13.45 Uhr auf Radio 32 zum Thema Lohngleichheit zu hören. Sie sind dann im Gespräch. Ausserdem organisieren sie ein Forum mit Lehrabgängern im BBZ Solothurn. Am 10. März sind die BPW auf dem Solothurner Markt präsent. Weitere Informationen unter: [www.equalpayday.ch](http://www.equalpayday.ch). (MGT)

## Die Unberechenbarkeit der Kosten irritiert

**Solothurn** Die Erfahrungen bei der Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken lassen sich nur bedingt auf den Stadtmist anwenden. Das zeigte ein Vortrag des Kölliker Projektleiters.

VON STEFAN FRECH

Noch ist unklar, ob der Solothurner Stadtmist in den nächsten Jahren total und nur teilweise saniert wird. Für die Promotoren der Wasserstadt hingegen ist klar, dass die ehemalige Siedlungsdeponie im Südosten Solothurns vollständig ausgehoben und entsorgt werden muss. Nur so ist das Problem endgültig aus der Welt geschafft und die Wasserstadt kann gebaut werden (wir berichteten). Um von den Erfahrungen anderer Sanierungsprojekte zu profitieren, hat der Verein Chance Wasserstadt den Gesamtprojektleiter der Sondermülldeponie Kölliken (AG), Hansjörg Merz, zu einem Referat nach Solothurn ins Alte Spital eingeladen.

### Teilsanierung mit gutem Resultat

Merz machte gestern vor rund 20 Personen gleich zu Beginn klar, dass sich Kölliken und Solothurn nur schwer vergleichen lassen. Die Menge des zu entsorgenden Materials ist zwar mit rund 500 000 Tonnen in etwa vergleichbar. Auch befinden sich beide Deponien am Rande eines Siedlungsgebiets. Doch: «In Kölliken han-



Hansjörg Merz berichtete über den Stand und die Geschichte der Sanierung der Sondermülldeponie in Kölliken (AG).

HANSJÖRG SAHLI

delt es sich um eine Sondermülldeponie. In Solothurn wird man wohl auch auf einen gewissen Anteil Sondermüll stossen, aber sicher nicht in dem Ausmass.»

In Kölliken ist bisher rund ein Drittel der ehemaligen Sondermülldeponie abgebaut und entsorgt. Zunächst hatte man eine teilweise Sanierung angestrebt, um die ins Grundwasser gelangenden Schadstoffe zu stoppen. Zwischen 1987 und 2003 wurde die

Deponie vom zufließenden Hangwasser abgeschirmt, danach wurde das Grundwasser abgepumpt und gereinigt sowie das aus der Deponie tiefende Sickerwasser abgefangen. Mit dem Resultat: Die Schadstoffe im Grundwasser nahmen rapid ab. «Vom Trinkwasser ging keine Gefährdung mehr aus», so Merz.

Der gesetzliche und politische Druck (vor allem von Seiten der Gemeinde Kölliken) führten dann aber dazu,

## «In Solothurn wird man nur auf wenig Sondermüll stossen.»

Hansjörg Merz, Projektleiter Sondermülldeponie Kölliken

dass man eine Totalsanierung in Angriff nahm. Auch die Kosten sprachen für die neue Strategie, denn die ständige Überwachung und Säuberung des Sickerwassers hätte in 80 bis 120 Jahren mehr gekostet als die Gesamtsanierung. Diese läuft nun seit 2002 und dauert noch bis ca. 2017. Zunächst rechnete man mit 445 Mio. Franken. Seit letztem Jahr ist aber klar: Die Totalsanierung wird voraussichtlich 770 Mio. Franken kosten. Gründe für die Kostenexplosion waren höhere Forderungen der Bauunternehmen, ein Brand und zusätzliches belastetes Material, das aufgefunden wurde.

### Keine Garantie für Obergrenze

«Die Unberechenbarkeit der Kosten irritiert», stellte Markus Schneider, Präsident von Chance Wasserstadt, in der anschliessenden Frageunde fest. Er wollte von Merz mit Blick auf den Stadtmist wissen, ob die Kosten heute besser kalkulierbar wären. «Kölliken war ein Pionierprojekt», bestätigte Merz. So mussten spezielle Fahrzeuge und Anlagen entwickelt werden. «Auch würde man heute gewisse Arbeiten anders aus-schreiben.» Eine Garantie für eine obere Kostengrenze bei der Sanierung von Deponien gebe es aber nicht. Hansjörg Merz beruhigte wiederum, dass in Solothurn keine Halle gebaut werden müsste, welche die gesamte Deponie überdacht (in Kölliken befindet sich die grösste frei tragende Halle Europas).